

Offener Brief an Herrn Joachim Walter, Landrat im Landkreis Tübingen

Der Sprecherrat der Flüchtlingshilfen im Kreis Tübingen stellt sich uneingeschränkt hinter die Seenotrettung von Geflüchteten auf dem Mittelmeer – und fordert ihre umgehende Fortsetzung.

Um jedoch eine Überlastung von Griechenland, Italien, Malta und Spanien abzuwenden, darf die EU diese Mitgliedsstaaten nicht alleine lassen und die unbeteiligte Zuschauerrolle übernehmen. Noch weniger halten wir es für vertretbar, Libyen dafür zu bezahlen, dass es die Geflüchteten aufhält oder zurücknimmt.

Auf dem Weg eines offenen Briefes und stellvertretend für die von ihm vertretenen Unterstützergemeinschaften im Landkreis Tübingen sowie in der Stadt Tübingen fordert der Sprecherrat der Flüchtlingshilfen Kreis Tübingen hiermit den Landkreis Tübingen zu folgender Entscheidung auf:

- Aufnahme von ca. 150 Geflüchteten, die seit Tagen in den Häfen der Mittelmeerländer auf Rettungsschiffen ausharren und nicht von Bord gelassen werden dürfen
- Umgehende Wiederinbetriebnahme der mangels Bedarf bereits geschlossenen Gemeinschaftsunterkünfte im Landkreis Tübingen und in der Stadt Tübingen
- Unterbringung und Versorgung dieser Geflüchteten wie bei Asylbewerbern üblich, bis eine europäische Lösung, d. h. ein Verteilungsmodus auf die EU-Staaten, gefunden ist
- Ggf. Aufnahme der Geflüchteten bzw. einer Teilgruppe im Landkreis Tübingen, einschließlich der Stadt Tübingen, bis zum Abschluss des Asylverfahrens und darüber hinaus
- Erklärung an die deutsche Bundesregierung, zu Händen der Bundeskanzlerin, dass diese Entscheidung als zustimmende Ergänzung ihres EU-Engagements erfolgt.

Der Rücktransport von aus Seenot geretteten Geflüchteten in die menschenverachtenden Zustände in Libyen, wie er Ende Juli von internationalen Gewässern in der Nähe Italiens aus stattgefunden zu haben scheint, darf aus unserer Sicht keine Option im Umgang mit Geflüchteten werden.

Der Sprecherrat weist darauf hin, dass die Städte Bonn, Düsseldorf, Köln, Regensburg sowie Freiburg und Stuttgart der Bundeskanzlerin ihre Aufnahmebereitschaft von Geflüchteten signalisiert haben. Wir fordern den Landrat des Landkreises Tübingen hiermit auf, sich den guten Beispielen anzuschließen. Das humanitäre Engagement für die Aufrechterhaltung der Seenotrettung, die Wahrung der Menschenrechte auch von Geflüchteten und die Sicherung des Fortbestands der EU müssen aus unserer Sicht die Oberhand über die sich ausbreitende Fremdenfeindlichkeit behalten.

Tübingen, 03. August 2018

Sprecherrat Flüchtlingshilfen Kreis Tübingen

Dr. Wolfgang Bleicher, Werner Hörzer, Andreas Linder, Monika Petersen, Marc Schaeuecker

Kontakt: Monika Petersen, Wolfgang-Stock-Str. 16, 72076 Tübingen, Tel.: 07071 68506